

Schaffhausen, 28. Mai 2015

Medienmitteilung

FDP-Parteiversammlung mit „Nebengeräuschen“ – jedoch klare Parolen für die Abstimmung vom 14. Juni 2015

Die „Nebengeräusche“ an der am Mittwochabend abgehaltenen Parteiversammlung stammten aber nicht aus der Versammlung, sondern von unserem Naturschauspiel Rheinfall. Die FDP Kanton Schaffhausen hielt ihre Parteiversammlung inmitten des Schaffhauser Tourismusgebietes ab, nämlich im Mühliradhuus am Rheinfall.

Hauptgeschäft des Abends bildete die Parolenfassung für die Abstimmung vom 14. Juni. Hier zeigten sich klare Meinungen und die FDP Schaffhausen folgte bei allen Vorlagen den Parolen der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz.

Kantonsrat Martin Kessler stellte der Versammlung die Vorlage über die „Erbschaftssteuerreform“ vor: Die heutigen kantonalen Regelungen betreffend Erbschaftssteuer sollten zugunsten einer nationalen Regelung aufgehoben werden. Dies bedeute, so Kessler, einen Eingriff in die Finanzhoheit der Kantone und somit in den Föderalismus und auch auf das Recht auf Eigentum. Der Kanton Schaffhausen verfüge über unterdurchschnittlich wenig Einwohner mit sehr hohem Vermögen und wirklich reiche Leute seien auch sehr mobil und könnten ihren steuerlichen Sitz problemlos ins Ausland verlegen. Im Weiteren seien diese Erbschaften zum Zeitpunkt des Vererbens bereits zweimal versteuert worden; einmal als Einkommen und einmal als Vermögen. Den Betrieben, vorab den KMUs, würden so überdies Mittel für Investitionen entzogen, sagt Kessler, selber Inhaber eines KMU-Betriebes. Auch schaffe diese neue Steuer noch mehr Rechtsunsicherheiten für Unternehmer, was für die Wirtschaft eine zusätzliche Belastung wäre. Die Versammlung fasste einstimmig und ohne Enthaltungen die Nein-Parole.

Die Vorlage „Stipendieninitiative“ wurde von RR Christian Amsler kurz vorgestellt. Man könne der Initiative durchaus Positives abgewinnen, im Grundsatz sei sie sympathisch. Sie sei aber abzulehnen, da die Vorgehensweise falsch sei. Die Initiative spreche nur Fachhochschulen und Hochschulen an, der Bereich Sekundarstufe II, also Lehre und Berufswelt, sei ausgeklammert. Bundesweit wird bei Annahme der Initiative mit Mehrkosten von einer halben Milliarde Franken gerechnet.

Der Bundesrat habe bereits einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher bei Ablehnung der jetzigen Vorlage vorgelegt werde; dieser Vorschlag beziehe nur die Kantone mit ein, die dem Stipendienkonkordat beitreten; dies seien bis jetzt 16 Kantone, der Kanton Schaffhausen sei noch nicht beigetreten. Die Versammlung fasste einstimmig die Nein-Parole.

Unbestritten war die Parolenfassung betreffend „Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)“. Hier wird bemängelt, dass es sich um die Einführung einer neuen Steuer handelt; es ist eine Umstellung vom Gebühren- zu einem Steuersystem. Unverständlich sei auch, so aus der Versammlung zu hören, dass diese Steuer Unternehmer nach Umsatz besteuern will. Im Weiteren wird von der Versammlung bemängelt, dass die Kompetenz zu einer Gebührenerhöhung bei Annahme dieses neuen Gesetzes allein beim Bundesrat liege und nicht mehr beim Parlament. Die Versammlung fasste einstimmig die Nein-Parole.

Ohne grosse Diskussion, jedoch mit einer Nein-Stimme bei einer Enthaltung wurde zur Vorlage „Präimplantationsdiagnostik“ die Ja-Parole gefasst.

Schaffhausen, 28. Mai 2015

FDP Kanton Schaffhausen
Marcel Sonderegger , Präsident
Brigitta Hinterberger, Geschäftsstellenleiterin